

**Stadtrat****Beschluss**vom 4. Dezember 2001    Nr. 1279

---

## Postulat

**Postulat Stephan Braun, Mirjam Köchli, Robert Schmid, Susanne Schmid-Keller, Beata Studer-Lenzlinger: Umsetzung der Lokalen Agenda 21 (LA 21), Frage der Erheblicherklärung**

Stephan Braun, Mirjam Köchli, Robert Schmid, Susanne Schmid-Keller, Beata Studer-Lenzlinger sowie 47 Mitunterzeichnende reichten am 20. November 2001 ein Postulat betreffend Umsetzung der Lokalen Agenda 21 (LA 21) ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

Eine auf Nachhaltigkeit basierende Entwicklung der Stadt St.Gallen gehört für den Stadtrat zu den wichtigen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Diese besteht darin, einen eigenen, auf die konkreten Verhältnisse der Stadt bezogenen Weg der nachhaltigen Entwicklung zu definieren und zu beschreiten. Auf diesem Weg sollen erkannte globale Problemdimensionen auf angemessene Weise in lokales Denken und Handeln umgesetzt werden.

Thematisch befasst sich der Stadtrat schon seit Mitte der 90-er Jahre ausdrücklich mit der Nachhaltigen Entwicklung. Mit der Beantwortung der Interpellation Hedi Margelisch betreffend „Lokale Agenda 21 - Was tut die Stadt St.Gallen?“ im Sommer 1999 hat der Stadtrat eine erste öffentliche Auslegeordnung vorgenommen; er hat den städtischen Handlungsspielraum abgesteckt und bestehende Handlungsdefizite aufgezeigt.

Die Schwerpunkte der städtischen Aktivitäten lagen bis anhin bei der Information und Sensibilisierung der Bevölkerung für die Anliegen der Nachhaltigkeit. Daneben wurden konkrete Projekte lanciert, die eine aktive Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an der Zukunftsgestaltung im Quartier und in der Gemeinde zum Ziel haben. Gesucht wurden auch der Erfahrungsaustausch mit Partnerstädten und -organisationen und regionale Zusammenar-



beitsformen. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass praktizierte nachhaltige Entwicklung keine Erfindung der letzten Jahre ist; teilweise schon seit Jahrzehnten verfolgen verschiedene städtische Dienststellen Ziele, die unter Lokale Agenda 21 oder nachhaltige Entwicklung subsumiert werden können. Sie taten und tun dies allerdings nicht unter diesem Label, sondern sektoriell in den einzelnen Fachgebieten.

Der Stadtrat hat sich bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung von Beginn weg für einen pragmatischen Weg mit hoher Eigenverantwortung der Dienststellen entschieden. Vorrangiges Ziel einer Lokalen Agenda 21 ist nicht ein umfassendes, breit angelegtes Konzept mit Totalitätsansprüchen, sondern eine Konzentration möglicher Massnahmen auf erkannte wichtige Schwerpunkte, die in ihrer Wirkung insbesondere die Lebensqualität nachfolgender Generationen sicherstellen. Dies erfordert eine langfristige Ausrichtung der Massnahmen und Beharrlichkeit bei der Umsetzung in den verschiedenen Sektorpolitiken. Ein Blick in die Legislaturziele 2001-2004 zeigt denn auch, dass zahlreiche dieser Ziele einen direkten Bezug zur nachhaltigen Entwicklung haben und auch konkrete Massnahmen fordern.

Der Schaffung neuer Meinungsbildungs- und Entscheidungsgremien wie Nachhaltigkeitsräten steht der Stadtrat skeptisch bis ablehnend gegenüber. Für ihn stehen primär inhaltliche Fragen im Vordergrund, die über bestehende Institutionen und Verfahren gelöst werden sollen. Schliesslich besteht in der Schweiz ein ausgereiftes demokratisches System der Entscheidungsfindung mit weitgehenden Mitsprachemöglichkeiten der Bürgerschaft, das den Vorstellungen der Agenda 21 betreffend Partizipation - verglichen mit andern Ländern - sehr nahe kommt. Die Schaffung von Parallelgremien würde diese bestehenden Instrumente schwächen. Partizipation und Kommunikation werden im bestehenden System aber weiterhin einen hohen Stellenwert haben.

In gewissen Bereichen hat der Stadtrat aber durchaus Handlungsbedarf geortet. Die Koordinations- und Informationsfunktion im Bereich Lokale Agenda 21 hat der Stadtrat 1998 der Umweltfachstelle, die fachlich primär für die ökologischen Belange einer nachhaltigen Entwicklung zuständig ist, übertragen. Weil für eine zukunftsfähige Entwicklung jedoch alle Ansprüche und Bedürfnisse gleich gewichtet beachtet werden müssen, also auch die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte, muss eine breitere Abstützung innerhalb der Verwaltung thematisiert werden. Allerdings soll die Lokale Agenda 21 nicht bestehende Planungsinstrumente wie Leitbild und Legislaturziele ersetzen.

Ist eine breitere Abstützung und Verankerung erreicht - die Stadt Winterthur verwendet in diesem Zusammenhang den Begriff der „interdepartementalen Klammer“ - , muss der Beg-



riff der Nachhaltigen Entwicklung weiter konkretisiert werden. Nachhaltiges Handeln soll weiterhin in der Verantwortung der einzelnen Dienststellen bzw. Verwaltungsabteilungen liegen. Notwendig ist aber eine verstärkte Koordination und Abstimmung über die Grenzen der Dienststellen und Verwaltungsabteilungen hinaus.

Schliesslich ist ein adäquates Monitoring mit geeigneten Indikatoren aufzubauen, um die Nachhaltigkeit in den Verwaltungsbereichen auch beurteilen zu können. In zahlreichen Dienststellen sind solche Indikatorensysteme - allerdings nicht unter dem Label LA 21 oder Nachhaltige Entwicklung - bereits vorhanden oder in Entwicklung. Wichtige Impulse werden diesbezüglich auch von der Strategie „Nachhaltige Entwicklung 2002“ des Bundes erwartet.

Der Stadtrat möchte also, zusammengefasst, die gewählte Strategie mit dezentraler Verantwortung weiter verfolgen, sie aber in den Bereichen Interne Koordination und Monitoring weiter entwickeln und ausbauen. Dies wird in Abstimmung mit den übrigen Schritten der Modernisierung der Stadtverwaltung und im Rahmen der personellen Möglichkeiten erfolgen.

Der Stadtrat empfiehlt, das Postulat **erheblich zu erklären**.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Von den vorstehenden Äusserungen wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Vorstand der Verwaltung der Technischen Betriebe wird beauftragt, im Grossen Gemeinderat in diesem Sinne zur Frage der Erheblicherklärung Stellung zu nehmen.

Beilage:  
Postulat

Protokollauszug an:  
Finanzverwaltung (3)  
Verwaltung der Technischen Betriebe (4)  
übrige Verwaltungsabteilungen (1)

